

Pressemitteilung von Henning Rehbaum (CDU), direkt gewählter Landtagsabgeordneter für den Südkreis Warendorf (11.12.2017):

Kapazitätsprobleme der Eurobahn nicht akzeptabel. Rehbaum fordert kurzfristig Ersatzbusse.

In den letzten Wochen häufen sich Schwierigkeiten der Eurobahn auf der Strecke der RB69/89. Insbesondere klagen die Fahrgäste über ausgefallene oder hoffnungslos überfüllte Züge um 7.02 Drensteinfurt bzw. 7.06 Rinkerode. Sowohl für die Fahrgäste als auch aus Sicht des Steuerzahlers, der einen großen Teil der Kosten des Bahnbetriebs trägt, ist dieser Zustand nicht zu akzeptieren. Der Bund überweist dem Land Gelder aus dem Mineralölsteueraufkommen. Das Land leitet die Gelder an die drei Schienenzweckverbände in Rheinland, Ruhrgebiet und Westfalen weiter, die damit Verkehrsleistungen bei den Bahnunternehmen einkaufen. Die Vertragspartner der Zweckverbände sind die Bahnunternehmen, und die müssen sich an die abgeschlossenen Verträge halten. Ich habe letzte Woche ein vertrauensvolles Gespräch mit der Eurobahn geführt und um Darstellung der Gründe für die Kapazitätsprobleme gebeten. Neben Krankheitsfällen beim Fahrpersonal seien vor allem technische Schwierigkeiten die Gründe. Auch wenn ich als Abgeordneter keinerlei Einfluss auf betriebliche Abläufe habe, habe ich die Eurobahn dringend gebeten, erforderliche Werkstattaufenthalte von Triebwagen außerhalb der Morgenspitze zwischen 7 und 9 Uhr auf dieser Strecke vorzunehmen. Desweiteren habe ich der Eurobahn aus meiner Erfahrung als Führungskraft im Bus- und Bahnverkehr als Sofortmaßnahme empfohlen, bei unvermeidbaren Triebwagenausfällen frühzeitig Ersatzbusse zumindest für die Schüler in Rinkerode und Drensteinfurt einzusetzen. Zwischen 7 und 9 Uhr ist es sehr schwer, aber nicht unmöglich, Busse anzumieten. Es ist eine Frage des Preises. Sollte sich nicht schnellstens eine spürbare Verbesserung für die Fahrgäste einstellen, plädiere ich, nachdem die Schwierigkeiten mit einzelnen Bahnbetreibern bereits zu Zeiten der Rot-Grünen Landesregierung Thema im Verkehrsausschuss des Landtags waren - für die vor allem organisatorisch schwierige, schrittweise Entbindung solcher Bahnunternehmen von ihren Verkehrsverträgen und das konsequente Ersetzen durch andere Bahnbetreiber sowie eine Überprüfung der Fahrzeugeressourcenquote. Die neue Landesregierung stellt ab 2018 mehr Bundesmittel für SPNV, Landesmittel für moderne Fahrscheinsysteme, Azubiticket sowie für das Sozialticket in stabiler Höhe und Zuschüsse für saubere Stadtbusse und für NE-Schienenstrecken bereit. All diese Gelder können für die Fahrgäste aber nur dann Nutzen stiften, wenn die beauftragten Unternehmen die zugesicherte Qualität auch liefern.